

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 72. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. September 2008, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Manfred Ritzek (CDU)

Fehlende Abgeordnete

Regina Poersch (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2097 (überwiesen am 19. Juni 2008 zur abschließenden Beratung) hierzu: Umdrucke 16/3318 und 16/3407	
2. Notwendige Maßnahmen am unbeschränkten Bahnübergang Lisch zwischen Ascheberg und Wahlstorf zur Herstellung der Verkehrssicherheit	6
Antrag Abg. Dr. Garg (FDP) Umdruck 16/3408	
3. Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2113 (überwiesen am 19. Juni 2008 an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)	
4. Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein	9
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1847 (überwiesen am 29. Februar 2008 zur abschließenden Beratung) hierzu: Umdrucke 16/2986 , 16/2989 , 16/3049 , 16/3122 , 16/3135 , 16/3142 , 16/3143 , 16/3144 , 16/3145 , 16/3163 , 16/3166	

- 5. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie** **10**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2112
- (überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Europausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)
- 6. Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein** **11**
- Tätigkeitsbericht 2008
- Drucksache 16/1839
- (überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)
- hierzu: Umdruck 16/3362
- 7. Verschiedenes** **12**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2097

(überwiesen am 19. Juni 2008 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [16/3318](#) und 16/3407

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis. Die sich mit Hamburg aus dem Bericht ergebenden verkehrsinfrastrukturellen Zusammenführungen sollen im Rahmen der nächsten gemeinsamen Sitzung der Verkehrsausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages noch einmal aufgegriffen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Notwendige Maßnahmen am unbeschränkten Bahnübergang Lisch zwischen Ascheberg und Wahlstorf zur Herstellung der Verkehrssicherheit

Antrag Abg. Dr. Garg (FDP)
Umdruck 16/3408

St de Jager erklärt, bei aller Tragik des Unfalls, der sich am unbeschränkten Bahnübergang Lisch ereignet habe, sei festzustellen, dass der Bahnübergang gesichert gewesen sei, wie es sich für Bahnübergänge dieser Kategorie gehöre. Gleichwohl habe sich der MWV an die DB AG mit dem Wunsch gewandt, insgesamt bei erforderlichen Maßnahmen an Bahnübergängen schnell zu handeln. Jetzt erforderlich sei eine Maßnahme deshalb, weil durch die Ertüchtigung der Strecke Kiel-Lübeck dort eine höhere Geschwindigkeit gefahren werde; die Geschwindigkeit steige von 100 auf 140 km/h. Deshalb sei eine Sicherung des Bahnübergangs über die gegenwärtig dort vorhandene Blinkanlage hinaus nötig. Hierbei handele es sich aber nicht um eine Reaktion auf den Unfall, sondern dies sei eine Reaktion darauf, dass die Strecke eben ertüchtigt werde und zukünftig dort andere Geschwindigkeiten gefahren würden. Er, St de Jager, lege Wert darauf, noch einmal festhalten zu können, dass es sich an dem hier in Rede stehenden Bahnübergang um kein Versäumnis von Behörden, der Bahn oder anderer Stellen gehandelt habe.

Abg. Langner fragt, in welchem Zeitraum die angesprochene Änderung bei der Sicherung des Bahnübergangs vorgenommen werden solle, weil die Züge dort ja jetzt schon schneller führen. - Staatssekretär de Jager erwidert, gegenwärtig gebe es noch die Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h. Eine Erhöhung sei erst 2009 vorgesehen, und er gehe davon aus, dass bis dahin die angesprochene weitere Sicherung des Übergangs realisiert sein werde. - AL Meinenberg ergänzt, im Rahmen des Maßnahmenpakets, das für die Strecke in 2009 vorgesehen sei, werde der Bahnübergang in Lisch ebenfalls ertüchtigt werden.

Abg. Matthiessen weist darauf, dass im Zusammenhang mit dem tragischen Unfall der Hinweis gegeben worden sei, dass die Sicht an der Stelle nicht ausreichend gewesen sei, dass dort das Straßenrandgrün nicht ausreichend stark genug beschnitten gewesen sei. Er möchte wissen, wer die Baulast für die dortige Straße habe. - St de Jager erklärt, nach seinem Kenntnisstand handele es sich dort um eine kommunale Straße, und deshalb sei auch die Pflege des Grüns dort Aufgabe der Kommune. Der Bahnübergang sei auch so beschildert, wie es den

Vorschriften entspreche. Er werde aber dennoch diesem Hinweis von Abg. Matthiesen nachgehen, ob es seitens der Kommune dort Versäumnisse gegeben habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Abg. Arp, wer die Standards für Bahnübergänge festlege, erwidert St de Jager, dass vom Eisenbahnbundesamt Maßnahmenkataloge und Kategorien definiert würden, die angewandt werden müssten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2113

(überwiesen am 19. Juni 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europausschuss zur abschließenden Beratung)

In Anwesenheit des Direktors des IFM-GEOMAR erörtern die Ausschussmitglieder kurz die Schwerpunkte des Aktionsplans. Auf Anregung von Abg. Stritzl vereinbart der Ausschuss, dem Landtag demnächst eine interfraktionell getragene Initiative zuzuleiten, mit dem der Bund aufgefordert werden solle, das IFM-GEOMAR in Kiel zu einem Nationalen Meeresforschungsinstitut aufzuwerten.

Der Bericht der Landesregierung wird von den Ausschussmitgliedern abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1847

(überwiesen am 29. Februar 2008 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [16/2986](#), [16/2989](#), [16/3049](#), [16/3122](#), [16/3135](#), [16/3142](#),
[16/3143](#), [16/3144](#), [16/3145](#), [16/3163](#), [16/3166](#)

Nach Übereinstimmung darin, dass sich aus der durchgeführten umfangreichen Anhörung die sich aus Sicht der Fraktionen ergebenden Schlussfolgerungen jeweiligen parlamentarischen Initiativen vorbehalten sind, nimmt der Ausschuss die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1847, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2112

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Europaausschuss** und den Wirtschafts-
ausschuss)

RL Wollesen referiert, schon vor der Antragstellung seitens der FDP habe die Landesregierung ihre sogenannte Verortungsentscheidung getroffen. Dies bedeute, die Landesregierung wolle einen Einheitlichen Ansprechpartner für das gesamte Land Schleswig-Holstein unter Trägerschaft der Kommunen und der Wirtschaftskammern installieren. Das Finanzministerium arbeite zurzeit einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Errichtung dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt aus, der dem Landtag sicherlich spätestens im Dezember 2008 beziehungsweise im Januar 2009 vorgelegt werden könne.

Unter Bezugnahme auf die Plenardebatte informiert RL Wollesen die Ausschussmitglieder darüber, dass die Bundesregierung mittlerweile den Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Verwaltungsverfahrenrecht, mit dem insbesondere die sogenannte Einheitliche Stelle - in Schleswig-Holstein der Einheitliche Ansprechpartner - geregelt werden solle, vorgelegt habe. Dieser Entwurf befinde sich zurzeit im Bundesratsverfahren. Der Entwurf unterstütze im Wesentlichen das, was auch in der Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags zur EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Juni-Tagung zum Ausdruck gebracht worden sei. Die verfahrensleitende Stelle werde verwaltungsverfahrenrechtlich ermöglicht.

Nach der Erklärung durch RL Wollesen, dass der von der FDP in ihrem Antrag im letzten Absatz genannte Bund-Länder-Musterentwurf in der noch zum Zeitpunkt der Antragstellung gehandelten Form vom Tisch sei, stimmt der Antragsteller darin zu, den Antrag Drucksache 16/2112 für erledigt erklären zu lassen. - In der folgenden Abstimmung schlägt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Europaausschuss einstimmig vor, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 16/2112 für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein
- Tätigkeitsbericht 2008**

Drucksache 16/1839

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

hierzu: Umdruck 16/3362

Nach erläuternden Hinweisen durch das ULG zu den Textziffern 4.5.8, 4.8.2 und 5 - Datenschutz in der Wirtschaft - empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, dem Landtag vorzuschlagen, den Tätigkeitsbericht Drucksache 16/1839 zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, Verschiedenes, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:35Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer